

| | |
|---------------------|---|
| Zeitschrift: | Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes |
| Herausgeber: | Schweizerischer Gewerkschaftsbund |
| Band: | 18 (1926) |
| Heft: | 9 |
| Artikel: | Bekämpfung der Wirtschaftskrisen. Teil II |
| Autor: | Weber, Max |
| DOI: | https://doi.org/10.5169/seals-352236 |

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

wie auch eine weitere, die im Februar 1919 in Bern stattfand, leisteten gute Vorarbeit für den internationalen Arbeiterschutz. Der Initiative der Gewerkschaften ist der Teil XIII des «Friedensvertrages» zu verdanken, aus dem das Internationale Arbeitsamt hervorging.

Im Sommer 1919 wurde in Amsterdam der alte Internationale Gewerkschaftsbund liquidiert und auf erweiterter Grundlage der I. G. B. errichtet. Zur Gründungskonferenz wurden alle Länder eingeladen. Das Komitee in Amsterdam, das die Einladungen ergehen liess, wurde ganz besonders daran erinnert, nur ja die russischen Gewerkschaften nicht zu vergessen. Die Russen wurden eingeladen, sie erschienen aber nicht, gaben auch keine Gründe für ihr Nichterscheinen an. Dagegen wurde im kommenden Jahr nach einem gewaltigen Propagandaufwand und unter grossen Schimpfkanonen gegen die «Amsterdamer» die «Rote Gewerkschaftsinternationale» gegründet. Die Parole, die von Moskau ausging, lautete: Nieder mit der gelben Verräterinternationale in Amsterdam, es lebe die Einheitsfront der Weltrevolution.

Viele Kräfte wurden vertan im Kampf um die «wahre» Internationale und damit der Arbeiterschaft grosser Schaden zugefügt. Heute dürften wohl auch die, die damals die ersten Rufer im Streite waren, zu der Ueberzeugung gekommen sein, dass der Sache der Russen selber durch diese Spaltungsversuche in Westeuropa unendlicher Schaden zugefügt wurde. Ob es möglich sein wird, in der nächsten Zukunft den Weg der Verständigung zu finden, wird sich bald zeigen. Die Voraussetzung dazu ist allerdings die, dass die Autonomie der Länder in ihren innern Angelegenheiten nicht angetastet wird, und zu dieser selbstverständlichen Forderung wollte sich bisher weder die Rote Internationale noch die III. Internationale verstehen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gab sich 1919 ein umfassendes Programm, das 1922 und 1924 noch erweitert wurde. Es wurde ein Sekretariat mit einem Stab von Mitarbeitern errichtet. Dieses Sekretariat befasst sich mit sozialpolitischen und mit weltwirtschaftlichen Fragen. Bei dem heutigen Chaos ist seine Tätigkeit natürlich sehr gehemmt und erschwert. Es wurde versucht, in den aktuellen Problemen eine Abklärung herbeizuführen und Richtlinien für die internationale Lösung der Probleme aufzustellen. Die Macht der Arbeiterschaft reicht aber heute noch nicht aus, um diesen Richtlinien Geltung zu verschaffen. Zunächst gilt es, dass die Gewerkschaften selber immer mehr dazu kommen, in sozialpolitischen und in wirtschaftspolitischen Fragen international zu denken.

Im Gegensatz zum alten I. G. B. hat der neue I. G. B. die antimilitaristische Propaganda als Programm punkt aufgenommen. Die hinter uns liegenden Ereignisse haben uns darüber belehrt, dass es sich hier nicht um platonische Resolutionen für den Fall des Krieges handeln kann, dass vielmehr eine zielbewusste Antikriegspropaganda einsetzen muss, die den Krieg selbst unmöglich macht.

Auf dem Gebiet der internationalen Solidarität wurden, wenn auch keine weltbewegenden, so doch Aktionen durchgeführt, die sich als Vorpostengefechte sehen lassen dürfen. Wir erinnern an die Verhinderung der Kriegstransporte nach Polen, den Boykott gegen Ungarn, die Sammlungen für Russland, Deutschland, Österreich und neuestens England.

Alles in allem: Der Rückblick auf die ersten 25 Jahre internationaler Gewerkschaftsbewegung zeigt, dass es aus kleinen Anfängen unter vielen Mühen vorwärtsgegangen ist. Die Verhältnisse haben natürlich mitgeholfen. Die Verbundenheit der Weltwirtschaft zeigt sich immer mehr. Die Länder verlieren ihre wirtschaftliche Selbständigkeit, sind genötigt, sich gegen-

seitig zu verständigen. Bei dieser Verständigung dürfen die Arbeiter aber nicht fehlen, sonst geht sie auf ihre Kosten.

Ohne vorerst, bei der numerischen Schwäche vieler Organisationen, allzu grosse Illusionen zu erwecken, sei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, dass die internationale Solidarität im zweiten Vierteljahrhundert der Tätigkeit des I. G. B. die Grundlage seiner Wirksamkeit sein wird. Sie wird sich nicht auf einseitiges Geben und Nehmen beschränken, sondern unser ganzes Wirken umfassen. Der Gedanke der Solidarität wird uns leiten nicht nur bei pekuniären Unterstützungen im Falle von Streikbewegungen, sondern bei unsrigen gesamten sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen und staatspolitischen Bestrebungen.



Bekämpfung der Wirtschaftskrisen.

II.

Im ersten Artikel habe ich die von den Vereinigten Staaten ausgehenden Bestrebungen skizziert, die eine bessere Erforschung der Konjunkturschwankungen und womöglich eine Stabilisierung der Konjunktur bezwecken. Da diese Versuche auch schon in verschiedenen europäischen Ländern, in England, Frankreich, Schweden und neuerdings vor allem in Deutschland, nachgeahmt und voraussichtlich in einiger Zeit auch in der Schweiz Widerhall finden werden, so ist es nötig, sich über die Bedeutung, die diesen Experimenten zukommt, etwas Klarheit zu verschaffen. Es wäre ebenso nachteilig, sie zu überschätzen wie sie zu übersehen.

Die erwähnten Bestrebungen sind zu unterscheiden in solche, die lediglich die *Beobachtung* und vielleicht auch die *Erklärung* der Konjunkturschwankungen zum Ziele haben, und solche, die durch aktive Eingriffe wirtschaftspolitischer Natur eine *Beeinflussung des Wirtschaftslebens*, natürlich im Sinne einer Ausschaltung der Krisen, erreichen wollen. Was zunächst die *Konjunkturbeobachtung* anbetrifft, so sind zwei Methoden bekannt, nach denen sie erfolgen kann. Das eine ist die *geschichtliche Analyse*, die an Hand der Wirtschaftsgeschichte den Wechsel von Hochkonjunktur und Krisis erforscht und zu begründen sucht. Das ist die Methode, die bis vor kurzem von der Wirtschaftswissenschaft angewendet wurde, freilich ohne dass daraus eine allgemein anerkannte Krisentheorie hervorging. Die andere Methode besteht in einer *fortlaufenden Verfolgung* und statistischen Messung der Konjunkturergebnisse. Dieses Verfahren ist vom Harvard Wirtschaftsdienst und neuerdings u. a. auch vom deutschen Institut für Konjunkturforschung eingeführt worden. Die amerikanische und die deutsche Beobachtungsmethode unterscheiden sich wiederum in bezug auf die Objekte, die der Untersuchung besonders unterworfen werden. Während Harvard die Veränderungen im Kreislauf des *Geldes* in den Vordergrund stellt, legt das Berliner Institut etwas grösseres Gewicht auf den Güterkreislauf. Schon das zeigt, dass auch diese Forschungen nicht voraussetzungslös unternommen werden, sondern dass ihnen eine bestimmte Auffassung über den Konjunkturverlauf zugrunde gelegt wird. Allgemein wird ein periodischer Verlauf der Konjunkturschwankungen angenommen, der sich nach einem Schema vollziehen soll. Das Institut für Konjunkturforschung gliedert die ganze Konjunkturperiode in vier Teile: Tiefstand — Aufschwung — Hochspannung — Krisis — Tiefstand¹; die Harvard-Methode fügt zwischen Tiefstand und Aufschwung noch einen Abschnitt «Erholung» ein.

¹ Vierteljahrsschriften zur Konjunkturforschung. Berlin 1926. Heft 1.

Nun droht dieser Methode eine gewisse Gefahr dadurch, dass alle künftigen Konjunkturscheinungen durch die Brille des zum voraus angenommenen typischen «Normalverlauf» betrachtet werden, so dass die Wirtschaftskrisen nicht in ihrer ganzen Kompliziertheit und der Vielgestaltigkeit ihrer Ursachen und Wirkungen erfasst werden. Und es entsteht die weitere Gefahr, auf die Fritz Naphtali hingewiesen hat², dass die Schwankungen überhaupt für etwas Normales gehalten werden und dass man in der Zeit der Depression glaubt, nichts anderes tun zu können, als auf den Aufschwung zu warten, der unzweifelhaft einmal kommen muss wie der Sonnenschein nach dem Regen. Dann wäre das Ergebnis der Konjunkturforschung bestenfalls ein Konjunkturbarometer, das mit mehr oder weniger grosser Wahrscheinlichkeit die voraussichtlichen Veränderungen der Wirtschaftslage anzeigen würde. So wertvoll eine solche Konjunkturvoraussage ist, so kann sich der Sinn und Zweck der Wirtschaftsforschung doch nicht darin erschöpfen, das zu konstatieren, was ist, und vielleicht noch, was wahrscheinlich eintreten wird, sondern das oberste Ziel der Konjunkturforschung muss doch das sein, die Schwankungen der Wirtschaftslage und damit die Wirtschaftskrisen zu verhindern oder wenigstens zu mildern.

Damit komme ich zum zweiten Zweck dieser Konjunkturforschungen, der eben in der *Bekämpfung der Krisen* besteht. Es ist klar, dass diese Aufgabe nur erfüllt werden kann auf Grund einer *Krisentheorie*; denn es können doch keine wirksamen Abhilfemaßnahmen getroffen werden, solange man sich nicht klar ist über die Krisenursachen. Auf diesem Gebiet herrscht aber noch grosse Verwirrung unter den Konjunkturforschern. Entweder wird eine klare theoretische Stellungnahme vermieden, oder es wird irgendeine hervorstechende Krisenursache in den Mittelpunkt gerückt, um jede Krise zu erklären. So machen es die amerikanischen und englischen Oekonomen, die die Geld- und Kreditverteilung zum Angelpunkt der Konjunkturschwankungen machen. Auch der Hamburger «Wirtschaftsdienst» sucht im Verhältnis von Kapitalversorgung zum Kapitalbedarf das bestimmende Element für das Auf und Ab der Wirtschaftslage. Zweifellos ist dieser Faktor von überaus grosser Bedeutung, und es ist wohl unbestritten, dass mit Hilfe von Eingriffen in den Geld- und Kapitalverkehr ein Einfluss auf die Konjunkturgestaltung möglich ist. Aber weiterzugehen und etwa an eine Stabilisierung der Konjunktur nur mittels der Kreditgewährung zu glauben, wäre m. E. eine verhängnisvolle Ueberschätzung der Zirkulation gegenüber den andern Gebieten des Wirtschaftsprozesses. Das gilt ganz besonders heute, da die privatkapitalistische Wirtschaft noch die freie Verfügungsgewalt über das Kapital besitzt. Die meisten Befürworter einer Kontrolle des Kreditverkehrs dürften sich auch nicht genügend klar sein über die Folgen und die Tragweite einer solchen Politik. Dass die Massnahmen der Notenbank, die ja nur einen verhältnismässig kleinen Teil des Kreditverkehrs direkt beeinflussen kann, nicht genügen, wird zugegeben. Bellery verlangt denn auch in seiner früher zitierten Schrift ein Zusammenarbeiten aller Banken. Geht man noch einen Schritt weiter und fordert nicht nur die quantitative Kapitalkontrolle, sondern auch die qualitative, d. h. die Kontrolle über die Art der Kapitalverwendung, was sich von selbst als notwendig erweisen wird, wenn man einmal so weit ist, ja, was bedeutet das dann noch anderes als eine Organisation des Kapitalverkehrs in *gemeinwirtschaftlichem* Sinne? Wir stehen dann mitten im Sozialisierungsproblem drin. Kein geringerer als der Wiener Wirtschaftswissenschaft-

ter Prof. Schumpeter hat in einem Aufsatz über die Frage der Kreditkontrolle geschrieben, «dass es dann mit den Prinzipien der Privatinitiative... zu Ende ist.» Und am Schluss seines Artikels stimmt er der Meinung Prof. Keynes' zu, dass die Rolle des Unternehmers immer mehr eingeschränkt werde, und er fügt hinzu: «Und von diesem Standpunkt versteht man dann diese Gedankenrichtung und besonders den Keynesplan als sehr ernstzunehmende Vorarbeit für einen ernstzunehmenden Sozialismus.»³

Wer die von der bürgerlichen Wissenschaft vorgeschlagenen Mittel zur Ausschaltung der Wirtschaftskrisen konsequent durchdenkt, der gelangt also schliesslich in unmittelbare Nähe der sozialistischen Forderung nach einer Bedarfswirtschaft. Es braucht dann nur noch die weitere Ueberlegung und vielleicht auch die praktische Erfahrung, dass eine Kontrolle und Leitung des Kapitalverkehrs nur dann wirksam sein kann, wenn die freie Verfügungsgewalt des Kapitalisten über seinen Kapitalbesitz gebrochen ist, oder wenn die Kapitalverwendung, d. h. die Produktion, ebenfalls gemeinwirtschaftlich organisiert ist, oder besser noch, wenn beides zugleich zutrifft. Damit wäre der sozialistische Gedankengang vollständig, und die sozialistische These, dass eine Beseitigung der Wirtschaftskrisen nur auf dem Wege der Ueberwindung des Kapitalismus durch eine sozialistische Wirtschaftsorganisation möglich ist, hätte sich als richtig erwiesen. Noch wird uns ja die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft nicht so weit zu folgen vermögen. Aber es bedeutet schon sehr viel, wenn sie nicht mehr an die Notwendigkeit der periodischen Wiederkehr der Krisen glaubt wie an ein unabänderliches Fatum, und wenn sie mit der Forderung nach Regulierung der Zirkulation die Grundsätze des Liberalismus tatsächlich preisgibt.

Die Erkenntnis, dass der Kampf gegen die Wirtschaftskrisen gleichzeitig ein Kampf um eine neue Wirtschaftsorganisation ist, sagt uns freilich, dass die verschiedenen Stellen, die jetzt unter Mitwirkung von Staat, Wissenschaft und teilweise auch Unternehmertum Konjunkturbeobachtung treiben, diesen Kampf nicht von sich aus aufnehmen werden. Ihre Arbeit wird aber mit der Zeit das nötige Material liefern zur näheren theoretischen Erklärung der Krisen und ihrer mannigfaltigen Ursachen. Darum hat die Arbeiterschaft grosses Interesse, diese Konjunkturforschung zu fördern. In unserm Lande ist bis heute wenig oder nichts geschehen in dieser Hinsicht. Es ist einzig die statistische Messung einzelner Konjunkturscheinungen etwas verbessert worden. Eine systematische Beobachtung und eine einheitliche Verwertung der einzelnen Angaben gibt es bei uns noch nicht. Doch von den besondern Aufgaben einer schweizerischen Konjunkturbeobachtung soll bei späterer Gelegenheit die Rede sein. Dieser Artikel wollte nur einen Ueberblick geben über die neuesten Methoden der Konjunkturforschung sowie einen Hinweis auf das Problem der Krisenbekämpfung, das ihnen zugrunde liegt.

Max Weber.



Die achte internationale Arbeitskonferenz.

Bericht des schweizerischen Arbeiterdelegierten.

Im Jahre 1926 fanden zwei Tagungen der internationalen Arbeitskonferenz statt. Die erste hatte die Frage der Vereinfachung der Emigranteninspektion an Bord der Schiffe zu prüfen. Die zweite hatte sich ledig-

³ Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 54. Band, 2. Heft. — Der Schluss des Zitats ist von mir hervorgehoben. M. W.